

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500; Klappe 013, 837 und 838

19. Dezember 1950

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz Blatt 2181

Die ersten Weihnachtswünsche für den Bürgermeister =====

19. Dezember (Rath.Korr.) Heute früh, noch vor Beginn der Budgetsitzung, hat sich im Rathaus eine Abordnung der Lungenheilstätte Baumgartner-Höhe eingefunden, um Bürgermeister Dr.h.c. Körner die Weihnachtsgrüße zu überbringen. Im Namen der 140 kleinen Patienten, die in der Anstalt untergebracht sind, begrüßten den Bürgermeister ein Bub und ein Mädel. Die Weihnachtsgrüße des Personals übermittelte Verwalter Aigner und zwei Pflegerinnen. Der Bürgermeister bat die Gratulanten, allen Kindern sowie dem Pflegepersonal seine besten Wünsche zum Weihnachtsfest zu überbringen.

Der heutige Schneefall =====

19. Dezember (Rath.Korr.) Auch der zweite größere Schneefall in diesem Winter, der in den späten Nachtstunden auf Dienstag einsetzte, hat in den Straßen Wiens keine wesentlichen Verkehrsstörungen verursacht.

Die Magistratsabteilung für Straßenpflege hat um 5 Uhr früh in den Stadtstraßen insgesamt 38 Autoschneepflüge und 3 große geländegängige Pflüge eingesetzt. In den äußeren Bezirken wurden 45 pferdebespannte Pflüge verwendet. Zu den rund 1000 ständigen Arbeitern wurden noch 643 Schneeschaufler aufgenommen, die nach Beendigung der Säuberung die Straßen bestreuten, um sie gegen Glatteis zu sichern. Bis 8.30 Uhr waren 30 Autos mit Streumaterial eingesetzt.

Die Wiener Verkehrsbetriebe haben auf fast allen Linien die Ausfahrt der Vorreinigungstriebwagen angeordnet, so daß der

Frühauslauf aus den Bahnhöfen ohne wesentliche Störungen abgewickelt werden konnte. Nur auf einigen Bergstrecken verursachten Geleiseverwehungen kleinere Verkehrsstörungen, so auf den Linien 10, 43 und 48. In Floridsdorf hatten die Linien 132, 317 und 25 wegen einer schadhafte Oberleitung Verspätungen.

Für die Säuberung der Geleiseanlagen wurden außer den 346 eigenen Arbeitern noch 74 sogenannte "Firmen-Saison-Regie"-Arbeiter aufgenommen.

Karl Julius Schröder zum Gedenken
=====

19. Dezember (Rath.Korr.) Am 16. Dezember war der 50. Todestag des Sprachforschers, Literaturhistorikers und Schriftstellers Dr. Karl Julius Schröder.

Am 11. Jänner 1825 als Sohn eines bekannten Schulmannes in Preßburg geboren, absolvierte er das Gymnasium und die philosophischen Studien am evangelischen Lyzeum seiner Heimatstadt und besuchte die Universitäten in Leipzig, Halle und Berlin, wo er philosophische und philologische Vorlesungen hörte. Nach Preßburg zurückgekehrt, wirkte er als Gymnasiallehrer und wurde hierauf Professor der deutschen Literaturgeschichte an der Universität in Pest. Wegen der zunehmenden Magyarisierung des Schulwesens verließ er die Heimat und übernahm 1861 die Stelle eines Direktors der evangelischen Schulen in Wien. 1866 wurde er Dozent für deutsche Literatur am Polytechnischen Institut und erhielt in der Folgezeit den Professortitel. Er starb in Wien im 76. Lebensjahr und wurde auf dem Matzleinsdorfer Friedhof begraben. Schröder hat eine vielseitige wissenschaftliche Tätigkeit entfaltet und auf dem Gebiet der deutschen Sprachkunde und Kulturgeschichte wertvolle Arbeiten veröffentlicht. Erwähnenswert sind seine Sammlungen von Volksliedern, Erzählungen und Volksspielen. Als Dichter bewies er besonders in seiner Lyrik feines Stilgefühl. Sehr verdienstvoll war seine Tätigkeit als Mitbegründer des Wiener Goethevereins, dessen Chronik er viele Jahre herausgegeben hat. Auch an der Errichtung des Goethedenkmals hatte er persönlichen Anteil.

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus
=====Das städtische Personal

19. Dezember (Rath.Korr.) Der Wiener Gemeinderat ging heute vormittag unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr.h.c. Körner in die Beratung der einzelnen Budgetgruppen ein.

Als erste Geschäftsgruppe gelangte die Gruppe I: Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, zur Verhandlung. Berichterstatte Stadtrat Fritsch (SPÖ) führte aus, daß derzeit 90.073 Menschen von der Stadt Wien Gehalt, Lohn, Ruhe- oder Versorgungsgenuß beziehen. Auf die Pensionisten entfallen in der Hoheitsverwaltung 97 Millionen, in den Betrieben 119 Millionen Schilling. Das Verhältnis der Pensionisten zu den Aktiven ist am ungünstigsten bei der Straßenbahn, wo auf 10 Aktive 9 Pensionisten entfallen. In den Unternehmungen ist der Personalstand als normal zu bezeichnen. Es kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß die Arbeitsleistung fast wieder die Vorkriegshöhe erreicht hat. Die Unternehmungen, die kaufmännisch geführt sind, schneiden besser als die Hoheitsverwaltung ab.

Vom 1. Jänner bis Ende November dieses Jahres sind 1.898 Betriebsunfälle zu verzeichnen, darunter 8 tödliche. Vor allem war das E-Werk davon betroffen.

Der Personalstand bei der Hoheitsverwaltung ist trotz größter Bemühungen nicht in dem Umfang gesunken, als wir es zu Jahresbeginn hofften. Insgesamt - bei Hoheitsverwaltung und Unternehmungen - sind in den ersten elf Monaten des heurigen Jahres 2.304 Angestellte aus dem städtischen Dienst geschieden, darunter 801 bei den Unternehmungen. Diese mußten bei den Unternehmungen zur Gänze, bei der Hoheitsverwaltung zur Hälfte durch Neuaufnahmen ersetzt werden. Eine geringe Einsparung von rund 600 Bediensteten konnte beim Büropersonal erzielt werden, doch ist diese Einsparung noch immer zu gering.

Das Personalamt ist keine Fürsorgeanstalt

Beim Abbau des Personals ist äußerst behutsam vorgegangen worden. Es konnte daher nur ein bescheidener Erfolg erreicht werden. Eine bittere Enttäuschung war das Danebengelingen der freiwilligen Dienstentsagung, von der nur etwas über 200 Bedienstete Gebrauch machten. Der Stadtrat appellierte an alle Bediensteten, besonders an jene Frauen, die es nicht unbedingt notwendig haben, zu arbeiten, weil die Männer über ein auskömmliches Einkommen verfügen, die nächsten 14 Tage noch rasch dazu zu benützen, um sich gegen die höhere Abfindung freiwillig abbauen zu lassen. Nach dem 1. Jänner 1951 werden alle schwächeren Leute unbarmherzig abgebaut werden müssen. Das Personalamt kann unmöglich eine Fürsorgeanstalt sein. Die Verringerung des Personals wird im Einvernehmen mit der Gewerkschaft unter weitestgehender Vermeidung sozialer Härten erfolgen.

Bessere Ausbildung des Personals

Von besonderer Bedeutung sind die Anstrengungen zur besseren Ausbildung des Personals. Von Prüfungen kann auf keinen Fall eine Dispens erteilt werden. Jene, die sich weigern, zur Prüfung anzutreten, haben selbstverständlich mit der Kündigung zu rechnen. Es ist eine Schande, daß in der Personaleinsatzstelle über tausend Angestellte als überflüssig geführt werden und es auf den ersten Anhieb nicht möglich ist, aus diesen tausend Angestellten dreißig fähige Stenotypistinnen zu finden.

Die Arbeitsleistung ist im laufenden Jahr in vielen Fällen besser geworden, die Arbeitszeit wird mehr eingehalten. Eine Voraussetzung für die Verringerung des Personalstandes ist die Vereinfachung der Verwaltung, die gleichfalls sehr behutsam durchgeführt werden muß.

In manchen Stellen hatten sich Pragmatisierungen ungünstig ausgewirkt.

Es darf nicht vorkommen, daß Angestellte, die als Vertragsangestellte voll entsprochen haben, plötzlich in der Leistung merklich nachlassen, wenn sie das Definitivum in die Hand bekommen. Das Definitivum darf keineswegs zu einem Faulbett werden.

Das überwiegende Gros der Angestellten hat es ermöglicht, die Verwaltung der Stadt Wien sauber zu halten. Eine verschwindende Minderheit, nur Promille, versündigt sich noch hie und da gegen diesen Geist der Sauberkeit. Wir hatten im heurigen Jahr bloß 75 Fälle von größeren Übertretungen. Es ist bedauerlich, daß die Strafsenate in vielen Fällen ihren Aufgaben nicht voll und ganz nachgekommen sind. Menschen, die glauben, sich im Gemeindedienst durch Unkorrektheiten bereichern zu können, müssen ausgeschieden werden.

Dank an die Bediensteten

Der Stadtrat spricht allen Beamten, Angestellten und Arbeitern für ihre oft sehr mühevollen Arbeit den besten Dank der Gemeindeverwaltung aus. Die überwiegende Mehrheit arbeitet aufopfernd, nicht nur in den Betrieben, sondern auch im Magistrat. Ganz besonderen Dank aber verdienen jene Angestellten, die in den kritischen Oktobertagen der Stadtverwaltung unter Einsatz ihres Lebens die Treue gehalten haben. (Starker anhaltender Beifall bei den Koalitionsparteien.)

Unterbrechung des Berichtes

Goldenes Doktor-Jubiläum Richard Plattensteiner
=====

19. Dezember (Rath.Korr.) Morgen, am 20. Dezember, begeht der bekannte Volksbildner und Erzähler volkstümlicher Art, Prof. Dr. Richard Plattensteiner, sein Goldenes Doktor-Jubiläum. Er ist seit ebenso langer Zeit als Vortragender und in der Wiener Volksbildung tätig. Seine Hauptthemen sind Raimund, Stelzhamer, Lenau, Anzengruber, Rosegger, Schönherr, aber auch Kunstvorträge über Dürer, Rembrandt, Tolstoi, Gandhi usw. 1930 wurde ihm vom Bundespräsidenten der Titel Professor verliehen.

Die städtischen Bäder zu den Feiertagen
=====

19. Dezember (Rath.Korr.) Die städtischen Bäder sind in der Woche vor Weihnachten zu den normalen Betriebszeiten geöffnet, somit auch am Samstag, dem 23. Dezember, von 7 bis 19 Uhr und am Sonntag, dem 24. Dezember, von 7 bis 12 Uhr; die Schwimmhallen des Amalien- und Jörgerbades am Sonntag, dem 24. Dezember, von 9 bis 14 Uhr.

Montag, den 25., Dienstag, den 26., und Mittwoch, den 27. Dezember bleiben sämtliche/städtische Bäder geschlossen.

Eine Stromstörung
=====

19. Dezember (Rath.Korr.) Wegen eines Gebrechens an einem Schalter der 30 kV-Anlage des Umspannwerkes Nord kam es um 10.02 Uhr zu einer Teilstörung im Wiener Netz, die um 10.25 Uhr behoben war. Durch die Störung wurde das vom Umspannwerk Nord versorgte Netz sowie ein Teil des Netzes des Umspannwerkes Leopoldstadt betroffen.

Der Straßenbahnbetrieb in Floridsdorf war ebenfalls in der angegebenen Zeit gestört.

Der Weihnachtstisch für Wien ist gut gedeckt
=====

19. Dezember (Rath.Korr.) Wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, wurden alle Anstrengungen gemacht, um eine gute Beschickung der Märkte zu Weihnachten ~~und~~ damit des Weihnachtstisches sicherzustellen.

Die Fischanlieferungen sind befriedigend und es wird den Verbraucheransprüchen bei unveränderten Preisen voll entsprochen werden können. Es wird Karpfen aus dem Inland, aus Ungarn und aus Jugoslawien geben, u.zw. 185.000 kg. Dazu kommen noch 350.000 kg isländisches und holländisches Kabeljaufilets und 120.000 kg Seelachs und Kabeljau.

An Geflügel wird es aus Rumänien 270.000 kg Gänse, Enten, Indians und Hühner geben, aus Polen 100.000 kg Mastgänse und aus Ungarn werden 80.000 kg Fettgänse erwartet. Dazu kommen noch 50.000 kg verschiedenes Geflügel, so daß auch hier für die Freuden der Weihnachtstafel gesorgt ist.

Der gestrige Rindermarkt wies bei Verbilligung in sämtlichen Qualitäten bis zu 30 g eine normale Beschickung auf, der heutige Schweinemarkt war mit über 5.800 Schweinen beschickt und zeigt nachlassende Tendenz, so daß auch die Fleischesser auf ihre Rechnung kommen werden.

Das Angebot an Importeieren, das im gegenwärtigen Zeitpunkt von großer Bedeutung ist, mußte sich vorerst auf die Bestände, des Kühllagerhauses beschränken, aus welchen in diesen Wochen fortlaufend das Frischeierangebot ergänzt wurde. Zusätzliche Importe aus Rumänien, Polen und aus der Türkei sind zum Teil eingelangt, zum Großteil sind sie im Verladen bzw. im Anrollen. Es wird die erwünschte Auswirkung auf die Preise im beschränkten Ausmaß schon vor Weihnachten zu spüren sein. Auf Grund von Verhandlungen des Marktamtes mit den Importeuren, Groß- und Kleinhandlern wird für eine möglichst weitgehende Streuung der Importeier gesorgt werden - wenn auch die beschränkten Mengen die Durchführung erschweren - um den Verbrauchern den Bezug zu erleichtern. Für Kinder bis 12 Jahre werden 3 Stück Importeier auf Abschnitt 9 der Kinderkarte für die 73/74 Periode ausgegeben werden. Die Ausgabe wird nach Maßgabe des Eintreffens der in

Aussicht stehenden Importe zum Großteil wohl erst nach Weihnachten möglich sein. Es kann aber dort, wo die billigen Importeier bereits ausgeliefert wurden, mit der Ausgabe sofort begonnen werden. Die Preise werden je nach Herkunft verschieden sein. Es wird polnische Eier zu 75 g, rumänische zu S 1.12, türkische zu 90 g und S 1.19 geben. Für eine größere Menge türkischer Kühlhauseier wird die Preisbestimmung erst von der nach Einlangen durchzuführenden Überprüfung der Ware abhängen. Nach Erfüllung des Aufrufes können die erübrigten Eier an die Verbraucher zu den festgesetzten Preisen frei abgegeben werden.

Zur Verbesserung der Milchversorgung wird in diesen Tagen zusätzlich gelöste Trockenvollmilch an die Verbraucher ausgegeben. Sie hat den gleichen Fettgehalt wie Frischmilch und auch den selben Preis (S 1.40). Darüberhinaus ist den Verbrauchern Möglichkeit gegeben, Trockenmilch in Pulverform zu kaufen.

Die Butteranlieferung, die in den letzten Wochen eine gewisse Einschränkung zeigte, wurde durch Hereinbringung von Importware verbessert.

Der Gemüsemarkt ist heuer aus dem Inland fortlaufend gut beschickt. An Obst ist bekanntlich das Angebot an heimischen Äpfeln andauernd sehr gut, reich sortiert und preislich so angemessen, daß eine stärkere Hereinbringung von teureren Orangen und Mandarinen - ihr Preis beträgt das Vier- bis Sechsfache der häufigsten Äpfelpreise - nicht vertreten werden könnte. Der Obstbedarf kann aus dem Inland in wirklich befriedigender Weise gedeckt werden.

Zusammenfassend darf wohl festgestellt werden, daß für den Weihnachtstisch alle Vorsorge getroffen und alles getan wurde, was bei den bekannten Vorgängen auf dem Weltmarkt möglich war, um den Wienern die benötigten Lebensmittel in ausreichender Menge und auf Grund des Ergebnisses getroffener Maßnahmen und zahlreicher Besprechungen mit dem Import-, Groß- und Kleinhandel im allgemeinen zu unveränderten Preisen zur Verfügung zu stellen.

Fortsetzung des Berichtes:Die Anträge des Linksblocks

GR.Dr.Altmann (LBl) brachte in einer fast dreistündigen Rede zunächst einen Resolutionsantrag ein, die zweite Etappe des Nachziehverfahrens mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1951 durchzuführen, wobei insbesondere die Bediensteten der untersten Gehalts- und Lohnstufe berücksichtigt werden sollen. Jeder städtische Bedienstete soll mindestens S 200 monatlich mehr erhalten.

Ein weiterer Resolutionsantrag beschäftigt sich mit der zweiten Etappe der Angleichung der Ruhe- und Versorgungsge-nüsse, die gleichfalls mit Wirkung vom 1. Jänner 1951 durchgeführt werden soll, und zwar solle eine mindestens 95 %ige Angleichung erfolgen.

In einem weiteren Antrag wird die Einführung eines Einheitsschemas gefordert; ferner die Wiedereinführung der Bestimmung, daß bei Erfüllung der sonstigen Anstellungserfordernisse das Definitivum nach 2 Jahren zu verleihen ist; die Herstellung der tatsächlichen Gleichberechtigung zwischen weiblichen und männlichen Bediensteten bei gleichen Voraussetzungen und gleicher Verwendung; die Gewährung der Haushaltszulage für verheiratete, einen eigenen Haushalt führende weibliche Bedienstete; eine automatische Vorrückung in die höhere Verwendungsgruppe nach Erreichung des 25. Lebensjahres; die Erhöhung der Ruhegehalt-Bemessungsgrundlage für alle jene Bediensteten, die nach Vollendung ihrer vollen Dienstzeit weiterhin aktiv im Dienst bleiben müssen; die Einführung einer Zusatzrente zu den Renten aus der Sozialversicherung für alle Vertragsbediensteten und die Wiederherstellung der Rechte, die sich die Gemeindebediensteten vor 1934 erkämpft hatten, insbesondere volle Überstundenentlohnung für alle Gemeindebediensteten und die Einführung von Fahrpreisermäßigungen für alle Gemeindebediensteten auf allen städtischen Verkehrsmitteln. Ferner verlangt der Redner die Abgabe von Koks aus den städtischen Gaswerken zum Selbstkostenpreis an alle städtischen Bediensteten und die Sicherung der Möglichkeit, daß jeder städtische Bedienstete seinen Urlaub in den Monaten Mai bis September erhält.

Wenn/^{sich}die Gemeindebediensteten in Innsbruck eine Weihnachtsremuneration erkämpft haben und auch die Angestellten des Magistrates Graz einen entschlossenen Kampf um eine Weihnachtsremuneration führen, so sei das nur ein Ausdruck der Tatsache, daß die öffentlich Bediensteten trotz des 13. Monatsgehaltes zu gering entlohnt sind. Vor 1934 sei auf diesem Gebiete die Gemeinde Wien beispielgebend gewesen. Heute hinke man immer nur den Regelungen des Bundes nach.

Im Zusammenhang mit den Personalvertretungswahlen hätten sich Dinge ereignet, die sich in einer demokratischen Stadtverwaltung nicht ereignen dürfen. Der Redner führt namentlich eine Reihe von Beispielen an, wo durch Dienstenthebungen die Listen der gewerkschaftlichen Einheit von seiten der Verwaltung ihrer Spitzenfunktionäre beraubt wurden. In anderen vom Redner namentlich angeführten Fällen habe man Entlassungen vorgenommen, um die übrigen Bediensteten einzuschüchtern. Man greife hier zu rein politischen Terrormaßnahmen, die sich noch bitter rächen werden.

Da keine Vorsorge getroffen sei, die berechtigten Forderungen der städtischen Angestellten zu erfüllen, sei der Linksblock nicht in der Lage, für diese Ansätze zu stimmen.

Die Meinung der ÖVP

GR. Dr. Freytag (ÖVP) spricht von der Verpflichtung zu einer gesunden Personalverwaltung, daß dieser jedoch oft nicht gebührend nachgekommen wird. Der Dienst bei der öffentlichen Verwaltung ist ein Ehrendienst und stelle ganz besondere Anforderungen. Leider hat sich die Bezahlung der Gemeindeangestellten im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege verschlechtert. Hier darf man aber nicht vergessen, welchen schrecklichen Krieg und welche furchtbare Nachkriegszeit wir hinter uns haben. Es müssen alle Kräfte aufgewendet werden, um im Laufe des kommenden Jahres die sogenannte zweite Rate des Nachziehverfahrens durchführen zu können. Es wird aber jedermann im Staate wissen, mit welchen großen Schwierigkeiten hier zu kämpfen ist, da für dieses Nachziehverfahren ungeheure Mittel aufgewendet werden müssen.

Zum Kapitel Verwaltungsreform müsse gesagt werden, daß hier praktisch nichts geschehen ist, denn mit der Zusammenlegung von einigen Ämtern sei ja nichts gemacht worden. Der Redner erklärt,

daß die Verwaltungsreform jedoch nicht unbedingt mit einem Abbau verbunden sein muß. Wo eine Reduzierung des Personalstandes jedoch nicht zu verhindern ist, müßte in gewissenhafter, sozialer Weise vorgegangen werden. Kriegsoffer und Kriegerswitwen sollten in erhöhtem Maße berücksichtigt werden.

Als unerfreuliches Kapitel der Personalpolitik bezeichnet GR. Dr. Freytag die Parteipolitik in dieser Geschäftsgruppe. Diese **muß** zwangsläufig zu einer berechtigten Unzufriedenheit unter **den** Bediensteten führen. Das Wesen und Bestreben einer gesunden, guten Personalverwaltung muß jedoch dahin gehen, nach Möglichkeit zufriedene Bedienstete zu schaffen. Diese Parteipolitik wird auch bei der auszeichnungsweisen Beförderung gehandhabt. Wenn die Auszeichnung irgend eines verdienstvollen Beamten verhindert werden soll, wird ganz einfach der Finanzreferent vorgeschoben und dieser muß erklären, daß die Auszeichnung finanziell nicht durchführbar ist. Da also bei Beförderungen ohndies der Finanzreferent gefragt werden muß, könnte man im Zuge der Verwaltungsreform vielleicht die Geschäftsgruppe I und II zusammenlegen. (Starker Beifall bei der ÖVP). Der Redner kritisiert dann die Bevorzugung von einzelnen Bediensteten bei Vertragsanstellungen, Pragmatisierungen, bei der Besetzung von Leiterposten usw.

Zum Kapitel der Pensionierungen regt der Redner die Einführung einer Altersstatistik an, um nicht später vor unliebsamen Überraschungen zu stehen. Er wendet sich auch gegen die Benachteiligung der Bediensteten in den Magistratischen Bezirksämtern.

Sturmszenen im Gemeinderat

GR. Maller wird vom Vorsitzenden ausgeschlossen

GR. Doppler (WdU) beschäftigt sich eingangs mit dem Referat von Stadtrat Fritsch. Er bedauert die Kürze seiner Ausführungen und daß über verschiedene wichtige Probleme wie das Nachziehverfahren, die Pensionsangleichung, die Arbeitszeit der Bediensteten, Neufassung der Dienstordnung, vor allem aber über Verwaltungsreform und Verwaltungsvereinfachung nichts gesagt wurde.

Der Redner kam dann auf die Personalvertretungswahlen zu sprechen. Zu den Ausführungen von GR. Dr. Altmann zu diesem Thema führt GR. Doppler aus, daß er es gelinde gesagt komisch finde,

wenn gerade Dr. Altmann von Terror gesprochen habe.

Kaum hat GR. Doppler diese Äußerung gemacht, ereignet sich ein bedauerlicher Zwischenfall. GR. Maller (LBl.) stürzt sich gegen das Pult des Redners, schlägt und boxt auf ihn ein und schüttet ihm schließlich das dort stehende Glas Wasser ins Gesicht. In dem darauffolgenden Tumult kann sich die Glocke des Vorsitzenden GR. Koci (SPÖ) minutenlang nicht durchsetzen. Einigen Gemeinderäten gelingt es, GR. Maller zurückzureißen. Auch die erregten WdU-Mandatäre müssen von Gemeinderäten der Volkspartei beschwichtigt werden. Rufe vom WdU werden laut, die den Ausschluß von GR. Maller fordern. GR. Heigelmayr (SPÖ) zu GR. Doppler: Provozieren Sie nicht immer! GR. Dr. Matejka (LBl.): "Sieben Jahre brauner Terror!" GR. Wicha entgegnet: "25 Jahre kommunistischer Terror!" Dr. Matejka: Die fünfundzwanzig am Arsch, die waren kein Terror, die ihr ausgeteilt habt? Ihr habt zu kuschen! GR. Wicha: Wir werden nicht kuschen!

Nun kann sich endlich der Vorsitzende Gehör verschaffen. Er stellt fest, daß GR. Maller tätlich gegen den Render vorgegangen ist. Der Vorsitzende könne daher nur mit dem Ausschluß aus der heutigen Sitzung vorgehen. Er ersucht daher GR. Maller den Sitzungssaal zu verlassen. GR. packt hierauf seine Tasche und verläßt den Saal, während ihn GR. Friedl Vavrovsky (ÖVP) nachruft: Maller, der Freistilringer! Der Vorsitzende erteilt auch GR. Dr. Matejka den Ordnungsruf, weil er den Ausdruck "kuschen" gebraucht hat.

GR. Doppler setzt hierauf seine Ausführungen fort und beschäftigt sich mit den Ansätzen im Budget 1951 für das I. Hauptstück. Er bezeichnet es als bedauerlich, daß von einem wirklichen Personalabbau, vor allem der fachlich und moralisch Ungeeigneten, nicht die Rede ist. Er weist darauf hin, daß in den Kriegs- und Nachkriegsjahren vielfach Leute in den Dienst der Gemeinde gekommen sind, die keineswegs die Voraussetzungen dafür mitgebracht haben. Auf der anderen Seite sei der Ansatz für den Personalaufwand 1951 völlig unzureichend. Die zweite Etappe des Nachziehverfahren und die Pensionsangleichung sind schon längst fällig geworden.

GR. Doppler kritisiert auch die mangelnden Bemühungen um eine wirkliche Verwaltungsvereinfachung, und tritt für eine **Herabsetzung** der Dienstzeit ein, die bei der Gemeinde Wien länger ist als beim Bund und bei anderen Gemeinden.

Als GR. Doppler sich zum Anwalt der durch den Bundespräsidenten amnestierten Nationalsozialisten macht und von Stadtrat Fritsch die Auszahlung deren Pensionen wie auch in anderen Ländern und Gemeinden fordert, kommt es **neuerlich zu erregten Szenen**, diesmal zwischen dem Redner und sozialistischen **Gemeinderäten**. An den Zwischenrufen beteiligten sich vor allem **GR. Sigmund** und **GR. Marek**.

Als GR. Doppler sich über das Benehmen der Gemeindebeamten gegenüber den Parteien beschwert und eine Schulung für gutes Benehmen ähnlich der Verwaltungsakademie ~~fordert~~, leben die **stürmischen Zwischenrufe** zwischen **Sozialisten** und **WdU** erneut auf. Diesmal greifen auch **GR. Mistingher** und **GR. Pölzer** in die erregte Auseinandersetzung ein. Man wirft GR. Doppler vor, daß er sich für die Nazi einsetze. Dem entgegnet der Redner, daß er nur für jene Nationalsozialisten ihr Recht verlange, die auch der Bundespräsident amnestiert hat.

Der Redner gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß diesen berechtigten Wünschen und Forderungen entsprechendes Verständnis entgegengebracht wird. In dieser Erwartung werden die Unabhängigen für die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe stimmen. (Beifall bei der WdU).

Der zweite Redner der ÖVP

GR. Lifka (ÖVP) beschäftigt sich vorerst mit Problemen der Verwaltungsreform und betont, es sei merkwürdig, wie hyperempfindlich die sozialistische Fraktion sei, wenn man es wage, zu der einen oder anderen Frage kritisch Stellung zu nehmen. Bei der Gemeinde sei auf dem Gebiete der Verwaltungsreform noch nichts geschehen, außer daß einige Bezirksämter und Standesämter zusammengelegt wurden.

Die Hauptaufgabe der Verwaltungsreform müsse es sein, die Beziehungen zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung der Stadt neu zu gestalten.

Vor allem soll die breite Öffentlichkeit wieder eine bessere Meinung über die Verwaltung bekommen. Die Verwaltung sei ja nicht dazu da, ihre Existenzberechtigung nachzuweisen, sondern der breiten Masse der Bevölkerung zu dienen.

Auf dem Gebiete der Personalpolitik müsse zu einer weitgehenden Planung geschritten werden. Vor allem müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß gewisse Beamte sich nicht unentbehrlich machen können, sondern dazu verhalten werden, einen entsprechenden Nachwuchs einzuschulen.

Gerade die Gemeinde Wien habe als öffentliche Körperschaft die soziale Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß sie die Menschen nicht auf die Straße werfen muß, sondern daß bei Abbaumaßnahmen eine gewisse Lenkung platzgreift. Bei den Einstellungen nach 1945 ging es ja nicht so sehr darum, tüchtige Beamte zu finden. Man war vielmehr bestrebt, politische Funktionäre zu versorgen, damit man sie weiterhin zur politischen Arbeit verpflichten kann. (Zustimmung und Beifall bei der ÖVP.) Als der Redner in diesem Zusammenhang über die Personalpolitik des Bundesministers Waldbrunner spricht, kommt es zu erregten Zwischenrufen bei den Mehrheitsparteien.

In der Abbauforderung solle die Freiwilligkeit dadurch gefördert werden, daß man den aus Mangelberufen kommenden den Weg zu ihrem ursprünglichen Beruf erleichtert, etwa in der Art, daß sie etwa ein halbes Jahr nur halbtätig Dienst bei der Gemeinde machen und in dieser Zeit eine Nachschulung in ihrem ursprünglichen Beruf mitmachen. Es werde dies um so leichter sein, weil ein Facharbeiter in der Privatwirtschaft heute wesentlich mehr verdient als bei der Gemeinde Wien. Alle sollen dazu beitragen, daß die Bezeichnungen Arbeiter und Gehilfe wieder zu dem Ehrentitel werden, der sie einmal waren. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Redner wünscht nähere Aufklärung über die beabsichtigten Kontrollmaßnahmen zur Steigerung der Arbeitsleistung und wendet sich gegen die Angestellten, die als Parasiten ihren Dienstobliegenheiten nicht nachkommen.

Mit den gegenwärtigen Familienzulagen können die Gemeindebediensteten auf die Dauer nicht ihr Auslangen finden. Er fragt den Amtsführenden Stadtrat, ob eine Planung hinsichtlich der künftigen Pensionsbelastung der Gemeinde Wien erstellt wurde. Beim E-Werk betragen zum Beispiel die Pensionslasten bereits 109 % der aktiven und Nebenbezüge, beim Gaswerk 93 %, bei den Verkehrsbetrieben 73 %. Es müsse versucht werden, die Pensionslasten aus den Unternehmungen herauszuschälen und gemeinsam mit den Angestellten der Hoheitsverwaltung eine gemeinsame Pensionseinrichtung zu schaffen. Die öffentlichen Angestellten wird man nicht mit einer Volksversicherung abspeisen können, weil es nicht angeht, wohlverworbene Rechte zu schmälern. Eine Volksversicherung würde nur nivellierend wirken.

Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, um es den Angestellten der Gemeinde Wien zu ermöglichen, im Wege des Wohnungseigentumes in den Besitz einer Wohnung zu gelangen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Das Wohnungseigentum ist nicht, wie behauptet wird, nur für die Besitzenden bestimmt. Unter den bisherigen Wohnungswerbern ist der Großteil Arbeiter, an zweiter Stelle stehen die Beamten und Angestellten, und erst ganz hinten kommen mit einem ganz kleinen Prozentsatz die sogenannten selbständig Erwerbstätigen.

Redner regt an, für die Arbeiter der landwirtschaftlichen Betriebe der Gemeinde Wien ein eigenes Altersheim zu schaffen, um für ihren Lebensabend vorzusorgen und gleichzeitig die Dienstwohnungen für in Arbeit stehende freizumachen. Er beschäftigt sich mit den Kinderbeihilfen der Angestellten dieser Betriebe und meint, die Gemeinde Wien solle hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Personalvertretungswahlen haben erwiesen, wer bei den Neuaufnahmen der Rathausmehrheit näher gestanden ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen). Wir haben von Koalitionspolitik eine andere Auffassung. Er bringt einige Beispiele, an denen er zu erweisen versucht, daß eine Personalpolitik im Interesse der Mehrheitspartei gemacht wird. Unter diesen Umständen ist es schwer, von uns zu verlangen, daß wir uns zur Koalition bekennen. Wir tun es, weil wir die Überzeugung haben,

daß doch die bessere Einsicht den Sieg davon tragen wird. Wir sind weiterhin zur Mitarbeit bereit, erwarten aber, daß man auch auf der anderen Seite diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit besser zum Ausdruck bringt, als dies bisher der Fall war. (Lobhafter Beifall bei der VP.)

Die Rednerin der WdU

GR. Martha Burian (WdU) spricht sich für die Gleichberechtigung aller Gemeindebediensteten gemäß den Bestimmungen der Bundesverfassung aus. An Hand einiger Beispiele zeigt sie diese Benachteiligungen auf und bittet aus menschlichen Gründen um die Annahme des von ihr bereits eingebrachten Antrages und um die entsprechende budgetäre Bedeckung. Nach dem Antrag soll nicht nur jedem unversorgten ehelichen Kind eines verstorbenen männlichen Gemeindeangestellten ein Erziehungsbeitrag gebühren, sondern auch den leiblichen Kindern einer weiblichen Angestellten, wenn die Verstorbene Familienversorger war.

Der dritte Redner der ÖVP

GR. Skokan (ÖVP) erklärt, zu dem Kapitel Personalangelegenheiten einiges noch nicht Besprochenes, jedoch sehr Wichtiges aufzeigen zu müssen. So taucht u.a. die Frage auf, ob man es als Verwaltungsreform bezeichnen kann, wenn in einer Magistratsabteilung mit 208 ständig Bediensteten von 37 nicht ständig Bediensteten 20 vor Weihnachten abgebaut werden, die übrigen dafür aber Überstunden machen müssen. Solche Härten wären zu vermeiden. Als eine weitere wichtige Angelegenheit bezeichnet es der Redner, daß in der Personaleinsatzstelle ungefähr 1.000 Personen in Reserve sind, die ihre Bezüge bekommen, jedoch nicht verwendet werden. Dies bedürfe gleichfalls einer Regelung. GR. Skokan spricht sodann über die Benachteiligung der Bediensteten in den Unternehmungen oder Betrieben in verschiedenen Dingen: so werden zum Beispiel verdiente Bedienstete anderer Dienststellen nach 25 jähriger Tätigkeit in höhere Gruppen eingereiht. Auch der Bezug von Dienstkleidern müßte einer Neuregelung unterzogen werden, da er sehr mangelhaft und unzureichend ist.

Es wurden auch die bereits vor längerer Zeit gestellten Forderungen der Ingenieure, Techniker und Betriebsbeamten nach Einreihung in bessere Dienstpostengruppen bisher nicht erfüllt. Dasselbe gilt für die Stationsleiter der Umspannwerke und Unterwerke der E-Werke. Bei Erstellung des Stellenplanes wäre das große Gefahrenmoment, dem diese Beamten ausgesetzt sind, in Betracht zu ziehen, denn gerade hier, wo die Bediensteten täglich und stündlich in großer Gefahr sind, müßte auch daran gedacht werden, Gefahrenzulagen zu schaffen. Eine Änderung wäre auch bei der Pauschalierung der Überstunden und der Außendienstzulagen notwendig.

Abschließend drückt GR. Skokan die Hoffnung aus, daß seine Ausführungen nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sind und die berechtigten Wünsche der Beamten und Bediensteten der Wiener Stadtwerke Erfüllung finden werden.

Grundsätzliches zur Budgetdebatte

Als nächster Redner war GR. Dr. Stemmer (SPÖ) zu Wort gemeldet. Er befaßte sich in seinen Ausführungen vor allem mit einer grundsätzlichen Stellungnahme zu der Budgetdebatte dieses Jahres, wobei er wiederholt von demonstrativen Beifall seiner Fraktionskollegen unterbrochen wurde.

Der Redner betonte, daß sich die Budgetdebatte gegenwärtig in einem Fahrwasser befindet, das dazu geeignet ist, die Einrichtungen der Demokratie zu diskreditieren. Man hat heute erlebt, daß die Redner der anderen Parteien auf dem besten Wege sind, das zu wiederholen, was zur Ausschaltung der Demokratie vor 1934 geführt hat. Es besteht scheinbar auch die Absicht, das Haus durch Dauerreden zu obstruieren.

Mit Beziehung auf die Ausführungen des GR. Dr. Altmann über die Oktoberereignisse sagte der Redner, daß das was hier vor sich geht, in Wirklichkeit Sandfuhren sind, die auf die Schienen der Demokratie geschüttet werden. Man könne sich aber darauf verlassen, daß diese genau so beseitigt werden, wie im Oktober dieses Jahres.

GR. Dr. Stemmer befaßte sich in diesem Zusammenhang auch mit den Tendenzmeldungen in ausländischen Zeitungen über Österreich und zitierte tschechische Berichte, in denen es heißt, daß man in Wien nichts sehen kann, als eine tote Stadt, der Wiederaufbau liegt darnieder, keine einzige Ruine sei in Ordnung gebracht und kein Neubau zu sehen.

Durch alle diese Maßnahmen soll das Vertrauen der Bevölkerung in seine demokratischen Körperschaften systematisch unter-
miniert werden.

Zu den Abgeordneten der ÖVP gewendet, sagte der Redner, sie glauben, daß sie der Demokratie in Österreich und in Wien einen guten Dienst erweisen, wenn sie die Sozialisten verunglimpfen. Er halte das für sehr ungeschickt, denn man wird gerade nach den Oktoberereignissen anerkennen müssen, daß die Sozialisten gewillt sind, die Demokratie in diesem Land zu erhalten.

Dann beschäftigte sich GR. Stemmer mit den Ausführungen der Debatteredner über den angeblichen sozialistischen Terror in der Personalpolitik. Er erinnerte daran, daß er im Jahre 1934 auf die Straße gesetzt wurde. Da hat man sich nicht darüber den Kopf zerbrochen, ob einer etwas nachbezahlt bekommt. Aber das regt ja die Herren nicht auf, sie wollen, daß jene, die das damals getan haben, heute noch dafür schadlos gehalten werden.

In diesem Zusammenhang führte der Redner auch verschiedene Beispiele dafür an, wie auf der anderen Seite die Beamten nach ihrer politischen Einstellung behandelt werden. So hat ein Schulleiter in Niederösterreich, der gleichzeitig sozialistischer Nationalrat ist, bei der Versetzung in einen anderen Ort seinen Leiterposten verloren. Wenn einer der Redner heute gesagt hat, daß die Personalpolitik ein Kardinalproblem ist, so erinnerte Gr. Dr. Stemmer an die Zeit, wo es wirklich ein "Kardinal"-Problem war.

Zu den Ausführungen eines Vorredners, man solle die Leute, die zu einem Schreibtisch gekommen sind, wieder zum Schraubstock zurückschicken, bemerkte GR. Stemmer, daß jene Leute aus Idealismus zur Sache dieser Stadt in der Zeit nach 1945 unter finanziellen Opfern ihren Beruf verlassen haben und zum Schreibtisch gekommen sind. Diese Leute lernen und lernen, um ihr Wissen und ihre Kenntnisse zu vervollständigen.

Der Redner beschäftigte sich auch mit den politischen Drohungen, die von einigen Rednern ausgestoßen wurden. Dies gehöre gleichfalls in die Taktik jener Bewegung hinein, die beim Münchner Sender begonnen, mit der 1000-Mark-Sperre fort-

gesetzt und im Jahr 1938 geendet hat. Auch dort ist es die Taktik gewesen, das Sicherheitsgefühl zu untergraben und die Menschen für politische Abenteuer zu mißbrauchen. Das ist eine Gefahr für die Freiheit und für den Frieden, da nützen auch die schönsten Friedensreden nichts.

Schließlich beschäftigte sich der Redner im einzelnen mit verschiedenen Fragen des Budgets. Er sprach über die Finanzausgleichsverhandlungen und über die Schwierigkeiten in der Anstellung von genügend Lehrern. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß jedoch die Gemeinde Wien den Erfordernissen der Schulen Rechnung tragen werde.

Zum Abschluß sprach GR.Stemmer über das Problem der **Randgemeinden**, in dem auch das Problem der Übernahme der Lehrer und Schulleiter dieser Gebiete auf den Dienstpostenplan enthalten ist. Er prangert die Verschleppungstaktik Niederösterreichs in dieser Frage an, das nicht dazu zu bewegen ist, in Verhandlungen einzutreten.

GR.Dr.Matejka (LBl) erklärt zu der Bemerkung, es werde Sand auf die Schienen der Demokratie geschüttet, die Kommunisten seien nicht gesonnen, Obstruktionsreden zu halten. Er wendet sich gegen die Vertreter des WdU und erklärt, es sei immer die Aufgabe der Kommunisten gewesen und werde es immer sein, gegen den Terror zu opponieren, der von einer Bewegung ausgeübt wurde, dessen Gedanken der WdU vertrete. Redner wendet sich im besonderen gegen die Ausführungen des GR.Dr.Stemmer und die parteimäßige Ausschacherung der Lehrer-Ein- und Versetzungen. Es sei bekannt gewesen, daß im Herbst ein höherer Lehrerbedarf an den Schulen eintreten werde. Die Bevölkerung habe daher die Vorkommnisse bei Schulbeginn mit Befremden zur Kenntnis genommen. Redner bittet, künftighin einen solchen Skandal, an dem beide Koalitionsparteien schuld seien, zu vermeiden und verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß die Kommunisten drohten. Nicht einer seiner Kollegen sei, insbesondere im Gemeinderat, mit einer Drohung gekommen.

Der vierte Redner der ÖVP

GR. Schwaiger (ÖVP): Von wirklich echten demokratischen Einrichtungen kann in diesem Hause sehr wenig die Rede sein. (Demonstrativer Beifall bei der WdU.) Die Grundlagen der Verfassung der Stadt Wien, die in einem Zeitpunkt entstanden ist, da nur eine Partei in diesem Hause regierte, muß grundlegend geändert werden. Wenn man die Verfassung Wiens demokratisch nennt, gibt man der Wahrheit nicht die Ehre. (GR. Sigmund: Was ist denn im Jahre 1934 geschehen?)

Gegenüber dem Vorwurf des GR. Dr. Stemmer hinsichtlich der Weigerung des Landes Niederösterreich, mit Wien in der Lehrerfrage in Verhandlungen einzugehen, erklärt der Redner, man brauche dabei nicht Niederösterreich als Beispiel zu nehmen, es gebe auch Beispiele auf Wiener Boden, wo sich die ÖVP-Fraktion seit einiger Zeit vorgeblich bemühe, zu Verhandlungen zu gelangen.

Auf diese Fragen der Personalpolitik übergehend spricht er zunächst über die Verwaltungsreform. Für eine solche hat es bereits verschiedene Ansätze gegeben. Die sozialistische Fraktion sei wohl bemüht, die Verwaltung zu reformieren und zu vereinfachen, sie reite aber dieses Bemühen durch ihre eigenen politischen Interventionen zu schanden. Redner bringt einige Beispiele, bei denen es wiederholt zu lebhaften Zwischenrufen in den Bänken der sozialistischen Abgeordneten kommt. Unter anderem verweist er darauf, daß einerseits Pensionierungen sehr rigoros durchgeführt werden, wie der Fall des in der ganzen Welt bekannten Prof. Finsterer zeigt. Auf der anderen Seite erleben wir es aber, daß es außer dem Prof. Finsterer auch noch andere Menschen gibt, die das 65. Lebensjahr erreicht haben und in Pension gehen müßten.

In seinen wiederholt von lebhaften Zwischenrufen sozialistischer Gemeinderäte unterbrochenen Ausführungen befaßt sich Redner zunächst mit dem NS-Problem. Er zeigt einen Fall auf, daß ein Gemeindeangestellter wegen seiner Mitgliedschaft zur NSDAP aus dem Dienste entlassen wurde.

Als er sich dagegen beschwerte, wurde ihm von demselben Beamten, der ihm in den Jahren zwischen 38 und 40, als er etwas haben wollte, höhnisch sagte: Sie sind ja nicht Mitglied der NSDAP! heute sagt, er könne nicht wieder eingestellt werden, weil er ja Mitglied der NSDAP gewesen sei. So kann man das NS-Problem nicht lösen!

Die Personalvertretungswahlen werden als großer Sieg der sozialistischen Partei gefeiert. In diesem Zusammenhang hat sich GR.Sigmund sehr über Zeitungsartikel beschwert. Demgegenüber verweist Redner auf einen Artikel der "Arbeiter-Zeitung" vom 2. Dezember, in der KPÖ und ÖVP als linker und rechter Schächer und als Parteien bezeichnet wurden, die dem Wiederaufbau hinderlich seien. Redner könne stolz von seiner Parteipresse behaupten, daß sie sich auf solche Gemeinplätze nicht begeben haben. (Beifall bei der VP)

GR.Sigmund habe von einem Sieg bei den Gemeinderatswahlen gesprochen. Bei den letzten Personalvertretungswahlen waren 1.150 Mandate zu vergeben, bei den heurigen 850. Die Niederlage der ÖVP, bzw. der Sieg der Sozialisten war also so groß, daß die ÖVP, obwohl um 300 Mandate weniger vergeben wurden, ihren Stand völlig gewahrt hat. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen. - Lebhafter Widerspruch bei der SPÖ). Sie haben, fährt er zu den Sozialisten gewendet fort, in dieser Stadt nur mehr eine Mandatsmehrheit. Die Mehrheit des Wiener Volkes hat sich aber vom Sozialismus und Marxismus abgewendet. (Stürmischer Widerspruch bei der SP.)

Weiterhin von zahlreichen Zwischenrufen unterbrochen, sagt Redner zu den Sozialisten: Ihr seid überhaupt Patentdemokraten! (Erneute stürmische Protestrufe.) Auf einen Zwischenruf erklärt er: Das müßt ihr euren Vorgängern sagen, die wesentlich zum Untergang der Demokratie beigetragen haben. (Anhaltende lebhafteste Protestrufe bei den Sozialisten.- GR.Pfösch: Das ist eine Lausbüberei, Herr Schwaiger! - Rufe bei der VP: **Ordnungsruf!**)

Wir wollen uns absolut nicht über Druck und Terror bei den Personalvertretungswahlen beschweren. **Wir haben nichts anderes erwartet.** (Anhaltende Zwischenrufe bei der SP.- Stadtrat **Afritsch: Die Rede werden wir uns merken, Herr Schwaiger!** Wenn Sie glauben, daß Sie der Demokratie mit einer solchen Rede helfen, sind Sie im Irrtum! - Lebhafteste Zustimmung bei den Sozialisten.)

Unterbrechung des Berichtes

Schweinemarkt vom 19. Dezember - Hauptmarkt
=====

19. Dezember (Rath.Korr.) Unverkauft 204 inländische Fleischschweine, 40 polnische Fleischschweine, 106 polnische Fettschweine, Summe 350. Neuzufuhren: 2.800 inländische Fleischschweine, 276 inländische Fettschweine, 856 polnische Fleischschweine, 337 polnische Fettschweine, 590 ungarische Fleischschweine, 524 ungarische Fettschweine, Summe 5.383. Gesamtauftrieb: 3.004 inländische Fleischschweine, 276 inländische Fettschweine, 896 polnische Fleischschweine, 443 polnische Fettschweine, 590 ungarische Fleischschweine, 524 ungarische Fettschweine, Summe 5.733. Verkauft wurde alles. Außermarktbezüge: 405 inländische Fleischschweine.

Preise: Inländische Fleischschweine, prima Ware 11.- bis 11.80 (11.40) S, mittlere Ware 10.50 bis 10.90 (10.60) S, mindere Ware 10.- bis 10.40 (10.20) S, inländische Fettschweine, prima Ware 11.20 bis 11.40 (11.30) S, polnische Fleischschweine, prima Ware 11.- bis 11.30 (11.30) S, mittlere Ware 10.70 bis 11.- (11.-) S, polnische Fettschweine 11.30 bis 11.40 (11.30) S, mittlere Ware 11.- bis 11.20 (11.-) S, ungarische Fleischschweine, prima Ware 11.15 bis 11.40 (11.20) S, mittlere Ware 11.- bis 11.10 (11.-) S, ungarische Fettschweine, prima Ware, 11.40 S, mittlere Ware, 11.10 S.

Bei anfangs regem, später ruhigem Marktverlauf wurden inländische Fleischschweine, prima Ware, zu fest behaupteten Vorwochenpreisen gehandelt. Sämtliche übrigen inländische und ausländische Fleisch- sowie Fettschweine verbilligten sich um 10 bis 20 Groschen je Kilogramm Lebendgewicht.

Kälbermarkt
=====

19. Dezember (Rath.Korr.) Auftrieb: 2 Kälber. Verkauft alles. Preise: I. Qualität 8.50 S, Extrem niedrig 4.- S.

Eierausgabe für Kinder
=====

19. Dezember (Rath.Korr.) Die Magistratsabteilung 59, Marktamt, Sonderreferat Landesernährungsamt, gibt bekannt:

In der Absicht, neben der Bezugsmöglichkeit inländischer Eier den Bezug billiger Importeier zu ermöglichen, hat das Marktamt der Stadt Wien mit dem Lebensmittelimport-, Groß- und Kleinhandel vereinbart, 3 Stück Importeier für Kinder bis zu 12 Jahren auf die Lebensmittelkarten auszugeben.

Die Abgabe erfolgt auf Abschnitt 9 der Kinderkarten der 73/74. Periode (weißes Papier). Ausgegeben werden polnische Eier zum Preis von 75 Groschen, rumänische Eier zum Preis von S 1.12 und türkische Eier zum Preis von S -.90 und 1.10 je Stück. Ein Anspruch auf Eier einer bestimmten Herkunft besteht nicht.

Mit der Abgabe der Ware in den einschlägigen Geschäften wird nach Einlangen der Importe begonnen; sie wird sich auf die nächste Zeit erstrecken.

Die Bezugsabschnitte sind abzutrennen und zu Kontrollzwecken im Geschäfte aufzubewahren.

Fortsetzung des BerichtesGewerkschafter des öffentlichen Dienstes ist Treuhänder

GR. Pölzer (SPÖ) stellt mit Bedauern fest, daß sein Vorredner, GR. Schwaiger, Beamte des Wiener Magistrates in einer Art und Weise beleidigt hat, wie dies noch nie der Fall war. Es ist auch nicht üblich, daß man über Interventionen redet, wenn man selbst die meisten macht. Der Redner erklärt in diesem Zusammenhang, daß er sich stets zur Überparteilichkeit in der Gewerkschaftsbewegung bekannt hat und auch darnach handelt. Man kann es sich heute in Österreich noch nicht erlauben, diese Überparteilichkeit zu unterlassen. Es ist auch für eine Zusammenarbeit der Parteien nicht förderlich, wenn man so, wie es bei der letzten Personalvertretungswahl der Fall war, den Wahlkampf mit unfairen Beschimpfungen führt. Er könne für seine Fraktion nur erklären, daß kein einziges Wahlwerbeschild in einer so rüden Art abgefaßt war, wie die anderer Parteien. Trotzdem jede Partei nach dieser Wahl von ihren Erfolgen gesprochen hat, haben tatsächlich die Sozialisten 6 Prozent mehr Stimmen als bisher erreicht. Dies ist eine große Leistung, besonders deswegen, da sie nicht wie andere große Mittel für diesen Wahlkampf aufgewendet haben. Die Arbeiter und Angestelltengruppen haben aber die Leistungen, die unter sozialistischer Führung errungen wurden, zu schätzen gewußt.

Zu dem Personalaufwand von 630 Millionen Schilling für 37.000 Angestellte in der Hoheitsverwaltung, erklärt GR. Pölzer, daß sich dieser Aufwand vermehren wird, da ja bekanntlich die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Forderung nach dem Nachziehverfahren und der Pensionsüberleitung gestellt haben. Es sollen darüber in Bälde ernste Verhandlungen geführt werden. Zur Höhe des Personalstandes stellt GR. Pölzer fest, eine Ursache sei darin zu sehen, daß es anfang 1945 die Gemeindebediensteten waren, die die Arbeiten durchführten, die früher der private Sektor geleistet hätte. Dazu kommt noch, daß Wien größer wurde und Dutzende von Gesetzen notwendig wurden, die der Verwaltung viel zusätzliche Arbeit gekostet haben. Der Redner erwähnt u.a. die großen Zerstörungen an den Schlachthöfen und anderen städtischen Einrichtungen.

Wenn nun die Verwaltung vereinfacht werden soll, so kann hier nur schrittweise vorgegangen werden, um ein reibungsloses Funktionieren der Verwaltungsarbeit zu gewährleisten.

Zu den von GR.Altmann eingebrachten Forderungen stellt GR.Pölzer fest, daß diese zu einem großen Teil in dem Programm der Gewerkschaft enthalten sind. **Der Gewerkschafter des öffentlichen Dienstes** steht jedoch der öffentlichen Hand gegenüber, er ist Treuhänder und ist mitverantwortlich, denn er dient der Öffentlichkeit und die Öffentlichkeit ist sein Dienstgeber. Und dieser Öffentlichkeit gegenüber hat er bestimmte Verpflichtungen zu erfüllen. Von diesem hohen Verantwortungsgefühl getragen müssen die Dinge betrachtet werden und trotzdem soll nicht auf die Grundrechte und die Interessen der Arbeiter- und Angestelltenschaft verzichtet werden. Zu den von GR.Altmann vorgebrachten Dienstenthebungen erklärt der Redner, daß er von den meisten Fällen keine Kenntnis hat, er könne aber nur sagen, daß eine Minderheit nicht beschließen könne, wann gestreikt wird. Dies war in der Gewerkschaftsbewegung noch nie der Fall.

Der Redner weist sodann auf den großen Erfolg der Dienstpragmatik hin, die 44.000 Menschen frei von der Furcht gemacht hat, daß sie täglich ihre Existenz verlieren könnten. Das war der Sinn der ganzen Arbeit und es war bestimmt ein großer Erfolg. Er erwähnt auch die von der Gewerkschaft abgehaltenen Kurse zur Schulung der Angestellten im Rechtschreiben, Stenographie usw.; diese Bildungsarbeit hat heuer 1 Million Schilling erfordert.

GR.Pölzer dankt allen Beamten, Arbeitern und Angestellten aus vollem Herzen: sie hatten ihren Dienst unter schwierigen Voraussetzungen zu versehen und konnten hierfür nicht einmal eine entsprechende Vergütung bekommen. Wenn dies jedoch geändert werden soll, ist es notwendig, daß ein erträglicher Personalstand geschaffen wird. Der Redner erklärt für seine Fraktion für die Annahme dieses Kapitels zu stimmen, weil sie sich mitverantwortlich fühlt; trotzdem werden die genannten Forderungen gestellt werden. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

Ansätze des I. Hauptstückes angenommen

Stadtrat Fritsch (SPÖ) stellt in seinem Schlußwort fest, daß sich nicht weniger als 10 Diskussionsredner mit seiner Geschäftsgruppe beschäftigt haben. Er geht dann im einzelnen auf die wichtigsten Einwände der Debattenredner ein und weist zunächst die Behauptung von GR. Lauscher, daß die Aufnahmen in die Gemeinde 50:50 zwischen ÖVP und SPÖ aufgeteilt werden, energisch zurück.

Zu den Ausführungen von GR. Dr. Prutscher bemerkt Stadtrat Fritsch, daß seiner Meinung nach eine Dezentralisation die Verwaltung komplizierter und auch teurer mache. Auch nach seiner Auffassung wäre eine kürzere Arbeitszeit vorzuziehen, weil sie einen besseren Arbeitseffekt ergeben würde. Doch konnte er bisher nicht erfahren, wie die Arbeitszeit bei den einzelnen Ministerien beschaffen ist.

Stadtrat Fritsch sprach dann über den Andrang zu den Schreibtischberufen und teilte mit, daß er heuer seit 1. Jänner nicht weniger als 12.914 Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindedienst bekommen habe. Darunter sind Facharbeiter, die wöchentlich bis zu 350 S verdienen.

Zum "Fall Finsterer" bemerkte der Referent, daß im Allgemeinen Krankenhaus beschlossen wurde, die Abteilung Finsterer aufzulassen, daß aber die Existenz des berühmten Arztes durchaus nicht gefährdet sei. In einem Zwischenruf stellt Vizebürgermeister Weinberger fest, daß er von einem solchen Beschluß nichts wisse.

Dann beschäftigte sich der Redner mit den Ausführungen von GR. Dr. Altmann. Der Referent gibt zu, daß die Entlohnung der kleineren Angestellten gering ist, gibt jedoch zu bedenken, daß der Unterschied gegenüber der Masse der Arbeiter und Angestellten in der Privatwirtschaft nicht sehr groß ist. Dafür spricht auch der Andrang zum Gemeindedienst. Was wir brauchen, sind weniger und besser bezahlte Bedienstete. Die 4000 Angestellten, die zu viel sind, kosten die Gemeinde jährlich 1000 neue Wohnungen. Selbstverständlich kann sich die Gemeinde nicht so helfen wie ein privater Dienstgeber.

Stadtrat Fritsch beschäftigt sich dann mit den Schwierigkeiten, die den Personalabbau entgegenstehen, weil das Bestreben mancher Dienststellenleiter danach geht, möglichst viel Untergebene zu haben.

Er betont jedoch, daß die Verwaltungsarbeit genau so schwer und genau so hart ist wie in der freien Wirtschaft. Das Vorurteil der Bevölkerung muß hier einmal zum Verschwinden gebracht werden.

Im Zusammenhang mit den Oktoberereignissen teilt der Referent mit, daß nur 11 Leute in Disziplinaruntersuchung gekommen sind und zwei gekündigt wurden. Es handelt sich dabei um Menschen, die offenkundig zu Gewalttaten gegriffen hatten. Stadtrat Fritsch drückt in diesem Zusammenhang den Bediensteten der Umspannwerke seine besondere Anerkennung und seinen Dank dafür aus, daß sie bis zum Letzten durchgehalten haben.

Zu den Ausführungen von GR. Dr. Freytag bemerkt Stadtrat Fritsch, daß er sich selbst bemühe, Härten zu lindern, jedoch **keine** Wunder tun könne. Im Gemeindedienst ist eben eine gewisse Dosis Geduld notwendig.

Über die Ausführungen von GR. Doppler wegen der Nationalsozialisten, bemerkte der Referent, daß die Stadt Wien nobel gehandelt habe. Es gab ursprünglich 24.413 Nazi. Fast 10.000 konnten es "sich richten" und sind kleine Nazi geworden. Der Referent stellte die Frage, ob man die Nazi wieder in Dienst stellen und dabei tausende Demokraten abweisen könnte. (GR. Dipl. Ing. Haider (WdU): Wir haben nur von den Begnadigten gesprochen!) "Solange ein Demokrat arbeitslos ist, muß ein Faschist warten!", erklärt darauf Stadtrat Fritsch unter dem Beifall seiner Fraktionskollegen.

Auf die Ausführungen von GR. Lifka eingehend stellt Stadtrat Fritsch fest, daß er selbst entschieden für eine sparsame Verwaltung eintrete. Er gibt hierauf eine Übersicht über die bisher durchgeführten Verwaltungsvereinfachungen durch Zusammenlegung und Auflassung von Abteilungen, Dienststellen usw. Der Referent teilt auch einiges über beschlossene Verbesserungen auf dem Gebiet des Personalrechtes mit. In diesem Zusammenhang betont er, daß die Bestimmungen über die Pensionierung von Bediensteten, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, nunmehr streng eingehalten werden. Es gibt nur einige wenige Techniker und Verwaltungsbeamte, die älter als 65 sind. Stadtrat Fritsch

Stadtrat Fritsch versicherte auch, daß er einer Verlängerung der Dienstzeit solcher Beamter nicht mehr zustimme.

Der Stadtrat befaßte sich sodann mit den in der Debatte vorgebrachten Anregungen und erklärte, daß die Erfüllung aller Forderungen weit über 200 Millionen Schilling ausmachen würde. Im übrigen sei die Diskussion manchmal ausgeartet, es sei zu wenig von Personal gesprochen worden. Er bittet alle Mitglieder des Gemeinderates, mitzuarbeiten, daß die Stadt Wien bald in die Lage komme, das Los ihrer Bediensteten entscheidend zu verbessern. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze dieser Geschäftsgruppe gegen die Stimmen des Linksblocks unverändert angenommen.

Die drei vom Gemeinderat Dr. Altmann eingebrachten Anträge wurden dem Magistrat, bzw. den Direktionen der städtischen Unternehmungen zugewiesen.

Die morgige Aussendung der "Rathaus-Korrespondenz" wird mit dem Bericht über die Geschäftsgruppe III, Kultur und Volksbildung, beginnen.